



Es braucht Gleichstellung über die Lohnfrage hinaus

Referat von Yvonne Feri, Nationalrätin AG, Präsidentin SP Frauen Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Das Nationale Forschungsprogramm «Gleichstellung der Geschlechter» (NFP 60) hat gezeigt, dass viele Mütter gerne wieder arbeiten würden - oft bleibt ihnen aber nur die Option, zu Hause zu bleiben. Der Grund dafür ist einfach: Männer verdienen mehr. Das macht deutlich, dass die Lohnungleichheit sehr viel weitgehendere Konsequenzen als nur weniger Lohn auf dem Konto zur Folge hat. Sie schafft neue Realitäten und diese fallen insbesondere zu Ungunsten von Frauen aus. Im Klartext heisst das also: Frauen verdienen nicht nur weniger, sie können auch noch den Schlammassel ausbaden, den die ungleiche Entlohnung mit sich zieht.

Frauen leisten einen Grossteil der unbezahlten Arbeit, kümmern sich also um Haushalt, Kinder und pflegebedürftige Angehörige. Damit begeben sie sich aber auch in einen gefährlichen Teufelskreis: Wer später wieder arbeiten will, schafft den Einstieg ins Berufsleben oft nur schwer und oft mit einem tiefen Lohn. Da ein Grossteil der Betreuungsarbeit nicht bezahlt wird und Frauen vermehrt Teilzeit arbeiten, müssen sie im Alter auch mit einer kleineren Rente auskommen. Frauen sind die grossen Verliererinnen unseres Wirtschaftssystems: Mit ungleichen Löhnen werden sie aus der Arbeitswelt gedrängt, erhalten für einen Grossteil ihrer Arbeit gar keinen Lohn und zum Dank für diesen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag haben sie im Alter auch noch tiefe Renten.

Weil die Lohnungleichheit also einen ganzen Rattenschwanz an Problemen mit sich zieht, brauchen wir Massnahmen, die nicht nur bei der Entlohnung ansetzen, sondern alle Lebensbereiche ins Auge fassen. Der Massnahmenplan der SP Schweiz geht deshalb auch weit über Massnahmen im finanziellen Bereich hinaus.

Mit dem Massnahmenplan schlagen wir beispielsweise vor, dass eine Rückverteilung des Care-Sektors vorgenommen wird. Der Care-Sektor wird volkswirtschaftlich gesehen immer wichtiger. Die Nachfrage nach solchen Leistungen – Stichwort Kinderbetreuung und Alterspflege – steigt, die Löhne hingegen stagnieren oder sinken. Das erstaunt nicht, wenn man beachtet, wer in diesem Sektor arbeitet: Sie konnten es sich schon denken, der Frauenanteil beträgt über 80 Prozent. Care-Arbeit muss aufgewertet werden, insbesondere finanziell. Damit erkennen wir die Care-Arbeit endlich als das an, was sie seit Jahrhunderten ist: Ein wichtiger Bestandteil einer solidarischen, intergenerationellen Gesellschaft.

Wir brauchen aber auch schweizweit bezahlbare Kindertagesstätten und kostenlose Tagesschulen. Bund, Kantone und Gemeinden müssen für die dazu notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen sorgen und ausreichend Ressourcen bereitstellen. Wichtig ist dabei vor allem, dass die Kindertagesstätten *für alle* bezahlbar sind. Eine Studie der OECD hat gezeigt, dass der Anteil der arbeitenden Frauen rapid steigt, wenn die Kosten der Kindertagesstätten gesenkt werden. Wir wollen nicht, dass alle Frauen arbeiten, aber wir wollen, dass alle Frauen frei entscheiden können. Das Kita-Angebot muss aber auch an die Arbeitssituation der Eltern angepasst werden. Damit es sich für Frauen lohnt, arbeiten zu gehen, müssen

auch die finanziellen Zuschüsse für Kinderbetreuungskosten neu geregelt werden. Das derzeitige System führt bei höheren zusätzlichen Einkommen (nebst dem Haupterwerb) oft zu einer Senkung der Zuschüsse. Und zu guter Letzt müssen auch Unternehmen endlich ihre Verantwortung wahrnehmen, indem sie einen Beitrag an die öffentliche Finanzierung der externen Betreuungsplätze leisten.

Viele Eltern möchten ihre Kinder gerne selbst betreuen – und sollen das auch können. Wir fordern deshalb eine bezahlte Elternzeit. Ein Anspruch auf eine 20-wöchige, bezahlte Elternzeit in der Höhe von 80 Prozent des versicherten Lohns soll das sicherstellen. Diese 20 Wochen können von beiden Eltern bezogen werden, aber nicht auf einen Elternteil übertragen werden. Die Elternzeit kann auch Teilzeit bezogen werden – dadurch verlängert sich die Bezugsdauer. Das wäre ein grosser Schritt hin zur tatsächlichen Gleichstellung: Väter erhalten die Möglichkeit bereits ab der Geburt für ihr Kind Verantwortung zu übernehmen und Mütter die Chance, früher wieder ins Berufsleben einzusteigen.

Nicht nur die Kinderbetreuung, auch die Schweizerische Wirtschaft soll von beiden Geschlechtern gleichermassen geprägt werden. Frauen haben hier in vielen Bereichen noch Nachholbedarf. Die Rechnung ist einfach: Wenn über 50 Prozent der gesamten Schweizer Bevölkerung aus Frauen besteht – warum dann nicht auch mindestens die Hälfte aller Geschäftsleitungen und Verwaltungsräte? In unserem Massnahmenplan kommen wir der Wirtschaft sogar noch entgegen: Anstatt der gerechtfertigten Hälfte fordern wir eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent in den operativen Geschäftsleitungen und Verwaltungsräten von privatrechtlichen Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten. Die Erfahrungen im Kanton Basel-Stadt haben gezeigt, dass das durchaus realistisch ist. Behörden und öffentlich-rechtliche Unternehmen sollen mit Fördermassnahmen dafür sorgen, dass auf allen Hierarchiestufen eine verbindliche Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent bis 2020 festgelegt wird.

Zu guter Letzt müssen wir aber nicht nur dafür sorgen, dass sich das Wirtschaftssystem von heute verändert, sondern auch jenes von Morgen. Das Schweizer Bildungssystem muss so gestaltet werden, dass auf allen Stufen – vom Kindergarten bis zur Hochschule – das kritische Hinterfragen von vorherrschenden Geschlechterrollen gefördert wird. Dazu braucht es geschlechtsneutrale Lehrpläne sowie weibliche und männliche Lehrpersonen. Alle Berufe und Bildungswege müssen sowohl Jungen wie Mädchen offen stehen und die Berufswahl soll möglichst frei – und damit unabhängig von Geschlechterstereotypen – erfolgen. Dazu braucht es Informationskampagnen und eine geschlechtsneutrale Berufsberatung.